

Für eine neutrale Ukraine

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Akt der politischen Großkriminalität. Aber jeder Krieg hat einen (oft langjährigen) "Vorkrieg". 2016 beschrieb Michail Gorbatschow die Entwicklung: „Die Zeiten der Konfrontation schienen [Anfang der 90er-Jahre] endgültig der Vergangenheit anzugehören. (...) Am Anfang kam es tatsächlich zu einer merklichen Belebung der Zusammenarbeit. Doch im Lauf der Zeit wurde offenkundig, dass diese Kooperation gar nicht gleichberechtigt ist, dass sie absichtlich durch künstliche Hürden behindert und eingeschränkt wird. (...) Russland musste das europäische Haus räumen." Noch 2001 warb Putin in seiner Rede vor den deutschen Bundestag um eine glaubwürdige sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Als Antwort folgte im März 2004 die zweite Runde der NATO-Osterweiterung. Vom Baltikum aus haben NATO-Raketen 30 Flugsekunden bis zur alten russischen Metropole St. Petersburg. Die NATO-Osterweiterung hat der Russlandspezialist und frühere hochrangige US-Diplomat George F. Kennan als den "verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg" bezeichnet.

Kollektive Ängste hüben und drüben

Sich bei diesem Fehler auf dem Wunsch der ostmitteleuropäischen Staaten nach einer NATO-Mitgliedschaft auszureden, war politisch kurzsichtig. Russland wurde im vorigen Jahrhundert zweimal durch westliche Angriffskriege verwüstet und hatte im 2. Weltkrieg ein 20 Mio. Kriegstote zu beklagen. Tiefsitzende, historisch begründete kollektive Ängste im russischen Volk vor dem Westen sind daher genauso verständlich wie ähnliche Ängste vor einer neuerlich russischen Hegemonie im Baltikum und Polen. Eine kluge Friedens- und kollektive Sicherheitspolitik des Westen hätte daher - gemeinsam mit Russland! - Ostmitteleuropa als militärisch neutrale Brückenstaaten entwickelt.

Österreichs inaktive Neutralitätspolitik

Erbärmlich war dabei auch die Rolle Österreichs. Unsere Neutralität kam 1955 auf Druck der Sowjetunion zustande. Gemeinsam mit anderen neutralen und blockfreien Staaten Europas hat unser Land dann zwischen den Blöcken eine vermittelnde und stabilisierende Rolle gespielt. Diese Phase der aktiven Neutralitätspolitik wurde nach der Wende 1989/91 einer völlig einseitigen Westbindung geopfert. Dem Streben der ukrainischen Führung nach NATO-Beitritt und der nur vorläufigen Zurückweisung dieses Wunschs durch die NATO wurde nicht widersprochen. Der Vorschlag des großen US-Denkens Noam Chomsky, das neutrale Österreich als Modell für die Lösung der Ukraine auf die politische Tagesordnung zu setzen, wurde nicht aufgegriffen.

Beschleunigung der Rüstungsspirale

Jetzt stehen wir vor einem riesigen Scherbenhaufen in der Ukraine und vor einer höchst problematischen gesamteuropäischen Wende. Putins wird zwar an der Ukraine scheitern. Aber die Kriegsprofiteure des Westens wittern Morgenluft. Die Aktien der Rüstungskonzerne sind stark gestiegen. Schon fordern Militärs, Teile der Politik und transatlantisch gesinnte Medien auch bei uns eine raschere Aufrüstung als ohnehin bereits beschlossen. Im Namen einer größeren inneren Geschlossenheit werden kritische Stimmen zurückgedrängt. Da sich die Atom-Großmächte Russland und China aber nicht einfach an die Wand rüsten lassen werden, ist das betrübliche Ergebnis absehbar: Weitere riesige Mittel, die wir zur Lösung anderer globaler Probleme dringend brauchen würden, werden den Völkern entzogen und fließen in Rüstung und Militär. Mit dem Ergebnis, dass man sich die Hochgerüsteten dann mit einem noch größeren, einsatzfähigen Zerstörungspotential gegenüberstehen.

Herausforderung der Friedensbewegung

Nicht nur mich macht diese phantasielose, an dauerhaften friedenspolitischen Lösungen desinteressierte Machtpolitik oft sprachlos. Viele Europäer haben sich in den letzten Jahrzehnten durch Existenzsicherung, Stress in der Arbeit, Konsum, Vergnügungs- und Ablenkungsindustrie entpolitisiert. Corona hat diesen

Rückzug uns Private noch verstärkt. Die früher politisch relevante Friedensbewegung ist in die völlige Defensive geraten. Ihre kraftvolle Wiederbelebung ist dringend nötig. Ihre Aufgabe wird es sein, den Helsinki-Prozess wiederzubeleben, im OSZE-Verhandlungsformat eine neue europäische Sicherheits- und Friedensarchitektur einzufordern und diesen Prozess kritisch zu begleiten.

Franz Sölkner, Aktivist der Steirischen Friedensplattform und von Pax Christi